UNIVERSITÄT AUGSBURG
Universitätsbibliothek

OPEN ACCESS
OPUS AUGSBURG

Bedrohungen und Konflikte der Weltgesellschaft: konstruktivistische Perspektiven und Chancen für den Frieden

Christoph Weller

Angaben zur Veröffentlichung / Publication details:

Weller, Christoph. 2006. "Bedrohungen und Konflikte der Weltgesellschaft: konstruktivistische Perspektiven und Chancen für den Frieden." In *Chancen für den Frieden: theoretische Orientierungen für Friedenspolitik und Friedensarbeit; Dokumentation einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum vom 12. bis 14. Dezember 2003*, edited by Jörg Calließ and Christoph Weller, 285–301. Rehburg-Loccum: Evang. Akad. Loccum, Protokollstelle.

Nutzungsbedingungen / Terms of use:

licgercopyright

Dieses Dokument wird unter folgenden Bedingungen zur Verfügung gestellt: / This document is made available under these conditions:
Deutsches Urheberrecht
Weitere Informationen finden Sie unter: / For more information see:
https://www.uni-augsburg.de/de/organisation/bibliothek/publizieren-zitieren-archivieren/publiz/

LOCCUMER PROTOKOLLE 76/03

Herausgeber
Jörg Calließ
Christoph Weller

Chancen für den Frieden

Theoretische Orientierungen für Friedenspolitik und Friedensarbeit

Jörg Calließ/Christoph Weller (Hrsg.): Chancen für den Frieden. Theoretische Orientierungen für Friedenspolitik und Friedensarbeit, Rehburg-Loccum 2006.

Dokumentation einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum
vom 12. bis 14. Dezember 2003.
Tagungsplanung und -leitung: Prof. Dr. Jörg Calließ
Redaktion: Prof. Dr. Jörg Calließ
Sekretariat: Karin Hahn
Herstellung: Anne Sator

Das Loccumer Protokoll enthält Originalbeiträge der Tagung. Soweit diese auf Tonbandmitschnitten beruhen, wurden sie von den Autorinnen und Autoren überarbeitet und zur Veröffentlichung freigegeben.
© Alle Rechte bei den Autoren

Printed in Germany
Druck: GGP media on demand, Pößneck
ISSN 0177-1132
ISBN 3-8172-7603-6

Die Reihe LOCCUMER PROTOKOLLE wird herausgegeben von der Evangelischen Akademie Loccum. Bezug über den Buchhandel oder direkt über:
Evangelische Akademie Loccum
Protokollstelle
Postfach 2158
31545 Rehburg-Loccum
Telefon: 05766/81-119, Telefax: 05766/81-900
E-Mail: Protokoll.eal@evlka.de

Christoph Weller

Bedrohungen und Konflikte der Weltgesellschaft

Konstruktivistische Perspektiven und Chancen für den Frieden

Es mag Ihnen irritierend oder gar widersprüchlich erscheinen, wenn der Titel meines Vortrags lautet: „Bedrohungen und Konflikte der Weltgesellschaft". Wenn wir schon eine Weltgesellschaft hätten, dürften doch Konflikte kein ernsthaftes Problem mehr sein! Die Wirklichkeit belehrt uns ja leider eines anderen, und die Massenmedien tragen dazu bei, dass gerade gewaltsame Konflikte unsere Aufmerksamkeit finden. Israel, Sudan, Irak, Afghanistan – wir alle haben Fernsehbilder vor Augen, was sich in den vergangenen Jahren in diesen Ländern abgespielt hat. Und diese gewaltsam ausgetragenen Konflikte gehören für mich zu den Konflikten der Weltgesellschaft, denn sie spielen sich nicht – oder zumindest nicht vornehmlich – zwischen Staaten ab. Es sind vielmehr gesellschaftliche Akteure und Gruppen, die eine wesentliche Rolle in diesen Konflikten spielen und dabei vielfach grenzüberschreitend agieren. Dass diese Art von Konflikten besonders schwer zu bearbeiten oder zu regulieren ist, hängt mit diesen grenzüberschreitenden Dimensionen zusammen. Darauf wird später noch genauer einzugehen sein.

Und ähnlich verhält es sich auch mit den verschiedenen Bedrohungen, die heute in der internationalen Politik bearbeitet werden müssen. Auch dabei spielen (welt-) gesellschaftliche Akteure eine wesentliche Rolle. Sie tragen einerseits entscheidend zum Bedrohungspotenzial bei und sehen sich andererseits in besonderer Weise bedroht. Die Titelformulierung beinhaltet ganz bewusst beide Bedrohungsrichtungen, die Bedrohungen der Weltgesellschaft und die durch weltgesellschaftliche Zusammenhänge hervorgebrachten Bedrohungen. Es sind einerseits die durchlässiger gewordenen Staatengrenzen im Zeitalter der Globalisierung, die für zahlreiche der heute aktuellen Bedrohungen mitverantwortlich sind. Andererseits sind es in besonderer Weise die weltgesellschaftlichen Lebensformen und Handlungszusammenhänge, die den genannten Gefährdungen ausgesetzt sind.

Wie betrachtet die Wissenschaft von der internationalen Politik beziehungsweise die Friedens- und Konfliktforschung diese Gegenstände und die damit verbundenen Problemstellungen? Es gibt dafür durchaus sehr unterschiedliche Perspektiven und Theorieansätze. Wenn ich Ihnen mit meinem heutigen Vortrag, wie es in dessen Untertitel angekündigt wird, konstruktivistische Perspektiven vorstellen möchte, hängt dies auch damit zusammen, dass ich diese Herangehensweise für besonders vielversprechend halte, sowohl für das Verständnis der Bedrohungen und Konflikte der Weltgesellschaft als auch für die Identifikation einiger Chancen für den Frieden. Um dies zu erläutern, werde ich zunächst auf die Theoriedebatte in den Internationalen Beziehungen eingehen und Ihnen das darin verankerte Konzept der Weltgesellschaft vorstellen. Anschließend stehen die Bedrohungen und deren Wahrnehmungen im Mittelpunkt, ehe ich abschließend auf die Chancen des Friedens in der Weltgesellschaft zu sprechen komme.

1. Internationale Beziehungen und Weltgesellschaft

Es ist wohl die erste und vornehmste Aufgabe der Wissenschaft von der internationalen Politik, mit ihrer Forschung zum besseren Verständnis von Konflikten, Krieg und Frieden beizutragen. Wie Sie wissen, war es ja der Erste Weltkrieg, der wohl die entscheidenden Impulse dafür geliefert hat, dass an amerikanischen Universitäten Kurse über „World Politics" und „International Relations" angeboten wurden und dass dann in der Zwischenkriegszeit die erste große Theoriedebatte in den Internationalen Beziehungen ausgetragen wurde: zwischen Idealisten und Realisten. Thema war im Grunde das Wesen der internationalen Politik und der sie konstituierenden Staaten.

Wir sind inzwischen in der – je nach Zählweise – dritten oder vierten großen Debatte in den Internationalen Beziehungen angekommen und wieder – oder immer noch – tobt der wissenschaftliche Streit um das Wesen der internationalen Politik. Darauf werde ich gleich noch eingehen. Anders aber als vor 80 Jahren wird die Rolle der Staaten im internationalen System heute eingeschätzt. Im Zeitalter der Globalisierung sind staatliche Grenzen durchlässig geworden, für Waren, Kommunikation, Ideen, aber natürlich auch für Umweltgefahren und transnationale Bedrohungen, etwa durch den islamistischen Terrorismus. Das Geschehen der inter-

nationalen Politik wird nur noch teilweise durch Staaten kontrolliert und bestimmt. Internationale Nicht-Regierungsorganisationen, multinationale Konzerne, gesellschaftliche Akteure, die sich in die Außen- und internationale Politik einmischen, spielen heute eine nicht mehr zu vernachlässigende Rolle.

Und die Problemstellungen, die politisch bearbeitet werden sollen bzw. müssen, lassen sich in vielen Fällen nur noch durch internationale Kooperation bearbeiten. Umweltgefahren, etwa der Klimawandel, sind das klassische Beispiel dafür. Aber auch im Bereich der sicherheitspolitischen Bedrohungen oder in der Entwicklungspolitik wird kein Staat ohne die Zusammenarbeit mit anderen seine Ziele erreichen können. Fast jedes Politikfeld besitzt heute eine internationale Dimension. Dies zeigt sich etwa auch bei der Analyse der internationalen Beziehungen von Fachministerien: Heute ist jedes Bundesministerium im Grunde zugleich sein eigenes Außenministerium, jedes Ressort hat internationale Referate oder gar ganze Abteilungen. Besonders anschaulich wird dies daran, dass etwa die eben zu Ende gegangene Welthandelskonferenz in Hongkong kein Termin für den Außenminister war. Die internationalen Handelspolitik wird in der Bundesregierung bearbeitet vom Wirtschafts-, dem Entwicklungs- und dem Landwirtschaftsministerium.

Durchlässige Staatengrenzen, gesellschaftliche Akteure in der internationalen Politik und die Notwendigkeit zu internationaler Zusammenarbeit zeichnen die *Weltgesellschaft* aus. Dieser Begriff soll verdeutlichen, dass für eine Vielzahl gesellschaftlicher und politischer Interaktionen heute nicht mehr der eigene Staat, sondern die *Welt* der Horizont des Handelns ist. Wenn Sie jetzt die Waschanleitungen Ihrer Kleidung daraufhin überprüfen würden, wo sie hergestellt wurden, dann zeigte sich ein Übergewicht im Ausland, wahrscheinlich sogar außerhalb Europas produzierter Waren. Und in ähnlicher Weise hat sich unser Horizont auch in *politischen* Fragen globalisiert: Nicht nur das Hochwasser der Oder, sondern auch ein Tsunami im indischen Ozean weckt unsere Hilfsbereitschaft. Der Krieg im Irak ohne deutsche Beteiligung provozierte trotzdem Großdemonstrationen hierzulande und die Frage der Verletzung internationaler Anti-Folter-Konventionen durch die Regierung eines befreundeten Staates beschäftigt *unsere* politische Öffentlichkeit. Einiges, was sich in der Welt abspielt – aber nicht alles –, ist uns heute durch die Globalisierung sehr nahe gekommen.

Mit „Weltgesellschaft" meine ich also keine idealistische Vorstellung von Welteinheit, globalem Interessenausgleich oder gar vom Ende der Geschichte. Ganz im Gegenteil. Die Durchlässigkeit staatlicher Grenzen führt zu neuen und damit *mehr* Konflikten, was uns bald täglich neu vor Augen geführt wird, denken Sie an die russischen Gaslieferungen in und durch die Ukraine oder die Konflikte um die Landwirtschaftspolitik in Europa, die nicht nur eine Herausforderung für die EU-Finanzen und das außenpolitische Geschick der neuen deutschen Regierung darstellt, sondern eine Problemstellung ist für die gesamte Welt.

In der Forschungsgruppe Weltgesellschaft, die sich Mitte der 1990er Jahre an den Universitäten Frankfurt/Main und Darmstadt gebildet hatte, haben wir ein Konzept von Weltgesellschaft entwickelt, das sich auf die grenzüberschreitenden Vergesellschaftungsprozesse konzentriert. Diese zeigen sich einerseits in der fortschreitenden *Institutionalisierung* grenzüberschreitender Beziehungen, und andererseits im Bedeutungszuwachs gesellschaftlicher Akteure für die internationale Politik. Es findet eine Ausdifferenzierung von Handlungsebenen statt, also kein Bedeutungsverlust der zwischenstaatlichen Beziehungen, aber ihre Erweiterung und Ergänzung um transnationale Beziehungen. Das ist der Kontext, in dem sich heute die inter- und transnationalen Konflikte abspielen. Die größte Bedrohung für die Supermacht USA geht heute nicht von Staaten aus, sondern von transnationalen Terroristen. Mit solchen nicht-staatlichen Akteuren sehen sich die USA im Krieg. Oder werfen Sie einen Blick auf einen innerstaatlichen Gewaltkonflikt, etwa in Afghanistan: Die dort in weiten Teilen des Landes herrschenden so genannten *Warlords* könnten ohne ihre Einbindung in den Weltmarkt für Drogen, Waffen und Munition ihre Herrschaft gegen die international unterstützte Regierung in Kabul nicht aufrechterhalten.

All diese grenzüberschreitenden Dimensionen gesellschaftlicher Interaktionen, unabhängig davon, ob sie positiv oder negativ bewertet werden, sollen mit dem Begriff „Weltgesellschaft" beschrieben werden. Doch lassen Sie mich nun, ehe ich auf die Bedrohungen und Konflikte der Weltgesellschaft zu sprechen komme, nochmals auf die Theoriedebatte in den Internationalen Beziehungen und die Frage nach dem Wesen der internationalen Politik zurückkommen. In einer modernen Sozialwissenschaft wie den Internationalen Beziehungen spricht natürlich heute niemand mehr vom „Wesen" der internationalen Politik. Dies verbietet sich schon deshalb,

weil nicht nur die Differenzen zwischen unterschiedlichen Theorieschulen, sondern auch der *Wandel* unserer Vorstellungen und Einschätzungen über internationale Politik verdeutlichen, wie kontextabhängig die jeweiligen Erkenntnisse und Einsichten sind. Damit ist die epistemologische Dimension der Theoriedebatte angesprochen, auf die ich hier jedoch nur am Rande eingehen möchte. Wichtiger sind mir im Augenblick die ontologischen Differenzen in dieser Debatte, die sich um die Frage drehen, welche Rolle *nicht-materiellen Faktoren* in der internationalen Politik zukommt. Ideen, Wissen, Weltbilder, Kultur, Identitäten und eben auch Bedrohungen, lauter gesellschaftliche, zum Teil welt-gesellschaftliche Konstruktionen der Wirklichkeit – um die Formulierung von Berger und Luckmann hier aufzugreifen –, finden inzwischen auch in den Internationalen Beziehungen zunehmend Beachtung, weshalb sich für diese Ansätze die Bezeichnung „Konstruktivismus" durchgesetzt hat. Eine solche Ontologie bedingt natürlich auch, die Annahmen des Rationalismus zu hinterfragen, und so wird die augenblickliche Theoriediskussion wohl als „Rationalismus-Konstruktivismus-Debatte" in die Lehrbücher der Internationalen Beziehungen eingehen.

Diese Debatte ist für die Analyse der Bedrohungen und Konflikte in der Weltgesellschaft von enormer Relevanz, weil sie unsere Aufmerksamkeit auf die nichtmateriellen, subjektiven Faktoren von transnationalen Bedrohungen und Konflikten lenkt. Die meisten von Ihnen werden die sehr schnell popularisierte These vom sogenannten „Clash of Civilazations" kennen, die Samuel Huntington vor nunmehr zwölf Jahren vorgetragen hat. Seiner Meinung nach besteht die größte Bedrohung und Gefahr für die internationale Politik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts darin, dass der „Kampf der Kulturen" die kommende Weltentwicklung prägen könnte. Er hebt damit die religiös-kulturellen Unterschiede auf der Welt hervor, die auch für die internationale Politik von Bedeutung sein würden.

Dass Zusammengehörigkeitsgefühle und kollektive Identitäten aufgrund kultureller Gemeinsamkeiten, übereinstimmender Werthaltungen und gemeinsamer Bedrohungen höchst relevant sind für die Formen des Konfliktaustrags, wissen wir aus der Friedens- und Konfliktforschung. Doch Huntington verwechselt bei der Konfliktprognose seine objektivierende und parteiliche – weil eben auch kulturell geprägte – Sicht auf kulturelle Differenzen mit der Selbstwahrnehmung von Konfliktparteien. Er hat Recht damit, dass kulturelle Muster die Weltbilder und Selbstbilder

von Gruppen und Völkern prägen. Am intensivsten erforscht wurde dies mit Konzepten von „nationaler Identität", worauf u.a. die Handlungsfähigkeit von Nationalstaaten beruht. Aber diese Konstruktionen lassen sich nicht direkt aus religiösen Überzeugungen ableiten, sondern setzen sich aus ganz verschiedenen Elementen zusammen und sind zugleich auch einem kontinuierlichen Wandel unterworfen. Darauf werde ich im Zusammenhang verschiedener Bedrohungswahrnehmungen noch näher eingehen.

Im Ansatz der Forschungsgruppe Weltgesellschaft entsprechen solche Wertegemeinschaften, die Staatengrenzen übergreifen, transnationalen Identitäten, die in Vergemeinschaftungsprozessen entstehen, angelehnt an die von Max Weber eingeführte Unterscheidung von Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung. Und dies führt dann zu einer anderen Prognose über die Konflikte in der Weltgesellschaft: Sie stehen dann in der Gefahr, gewaltsam ausgetragen zu werden, wenn die Außengrenzen intensiver Vergesellschaftungs- und Vergemeinschaftungsprozesse aufeinander fallen. Dies war der Fall – und wir alle haben dies wohl noch vor Augen – an jener Grenze, die mitten durch Deutschland ging. Und kaum überraschend war die innerdeutsche Vergemeinschaftung einer der Motoren für die Überwindung dieser Konfliktlinie.

Glücklicherweise stimmen heute die Grenzen der Zonen intensiver Vergesellschaftung in den meisten Fällen *nicht* mit denen transnationaler Gemeinschaftsbildung überein. So ist etwa ein Teil der islamisch geprägten Welt – um noch einmal Huntingtons Konfliktszenario aufzugreifen – in wirtschaftlicher oder sicherheitspolitischer Hinsicht enger mit dem Westen als mit anderen islamischen Ländern verbunden, denken Sie an die Türkei, Saudi Arabien oder auch an Pakistan als Mitglied in der internationalen Anti-Terror-Allianz. Aus diesen Zusammenhängen lassen sich dann beispielsweise auch die friedenspolitischen Argumente herleiten, dass die Grenzziehungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei nicht verstärkt, sondern reduziert werden sollten.

Kultur, Identitäten, Selbst- und Weltbilder, Bedrohungswahrnehmungen und Vergemeinschaftungsprozesse – in der theoretischen Verankerung solcher nicht-materieller Faktoren liegt meiner Meinung nach der wichtigste Beitrag der aktuellen IB-Debatte für das Verständnis der heutigen Konfliktformationen in der Weltgesellschaft. Meiner Meinung nach bleiben Konfliktanalysen unvollständig, wenn sie die

Vorstellungen, Bilder und Weltdeutungen in den Köpfen der Menschen nicht mit einbeziehen. Auch und gerade bei Bedrohungswahrnehmungen handelt es sich um solche Vorstellungen und gesellschaftlichen Konstruktionen. Wollen wir diese Faktoren in unsere Analysen mit einbeziehen, ist die Politikwissenschaft auf die interdisziplinäre Zusammenarbeit, insbesondere mit der Sozialpsychologie und der Soziologie angewiesen. Und deren Ansätze machen uns immer wieder auf eines aufmerksam: Wahrnehmungen und daraus entwickelte Vorstellungen über Bedrohungen und Konflikte, den jeweiligen Konfliktgegner und die Streitpunkte sowie über mögliche Lösungsstrategien sind in aller Regel höchst unterschiedlich. Und diese Differenzen sind vielfach auch ein Teil des Konflikts. Lassen Sie mich dies nun im zweiten Teil anhand verschiedener Bedrohungswahrnehmungen verdeutlichen.

2. Bedrohungen der Weltgesellschaft

Hätten Sie vor zwanzig Jahren einen Friedens- und Konfliktforscher darum gebeten, einen Vortrag über die Bedrohungen der Weltgesellschaft zu halten, hätte er möglicherweise mit detaillierten Zahlen und technischen Einzelheiten die Bedrohungen durch verschiedene Ungleichgewichte zwischen Ost und West bei Aufrüstung und Modernisierung von Atomwaffen beschrieben und außerdem auf die Gefahr eines unbeabsichtigten Atomkriegs hingewiesen. Diese gigantischen Arsenale an Atom- und anderen Massenvernichtungswaffen sind auch heute noch vorhanden, aber für die aktuellen Bedrohungsszenarien scheinen sie kaum eine Rolle mehr zu spielen. Unabhängig davon, ob man außenpolitische Strategiepapiere, politologische Studien oder die Ergebnisse von Meinungsumfragen zugrundelegt, werden in den vergangenen Jahren ganz andere Bedrohungen genannt, die uns von außerhalb unserer staatlichen Grenzen gefährden. Auf acht solche Bedrohungen, Elemente des aktuellen Bedrohungsszenariums in seiner deutschen Perspektive möchte ich eingehen:

1. Der transnationale Terrorismus wird spätestens seit dem 11. September 2001 als eine der größten Bedrohungen angesehen und mit jedem neuen Terroranschlag, denken Sie an die Anschläge in Madrid im März 2004 und in London im Juli 2005, wird diese Einschätzung wieder aktualisiert. Um Ihnen dazu ein paar Zahlen vorzuführen: Unmittelbar nach den Terroranschlägen in den USA im Sep-

tember 2001 fürchteten in Deutschland 60 Prozent, dass es auch bei uns in nächster Zeit zu Terroranschlägen kommt. Diese Bedrohung verblasste mit der Zeit, im Januar 2004 fürchteten dies nur noch 29 Prozent, im April 2004 dagegen wieder 57 Prozent, weil kurz zuvor der Terroranschlag auf die Madrider U-Bahn stattgefunden hatte.

2. Die Weiterverbreitung von Atomwaffen ist eine Bedrohung, die überall benannt wird und gerade in diesen Tagen besondere Aufmerksamkeit auf sich zieht, weil im Falle des Iran eine aggressive außenpolitische Rhetorik mit der Absicht einhergeht, die Atomtechnologie zu nutzen. Zugleich sind ganz offensichtlich die politischen Strategien des Umgangs mit der Bedrohung der Weiterverbreitung von Atomwaffen sehr uneinheitlich wenn nicht sogar widersprüchlich. Das hat insofern mit der Bedrohung selbst zu tun, weil sie auf diesem Wege nicht verringert werden kann.
3. Legt man sicherheitspolitische Strategieplanungen zugrunde, gilt derzeit als dritter Bedrohungsfaktor in der internationalen Politik der Zerfall staatlicher Strukturen in zahlreichen Ländern. *Failing states*, scheiternde Staatlichkeit und die Fragen nach den Möglichkeiten des zivilen oder gar militärischen Eingreifens von außen beschäftigen die militärpolitischen Strategen ebenso wie die entwicklungspolitische Friedensarbeit und so manches politologische Projekt.
4. Wenn man dagegen die Ergebnisse von Meinungsumfragen heranzieht, rangieren solche *failing states* wie etwa Somalia oder Sudan sehr weit hinten in den Listen von Ländern, die als eine Bedrohung für den Weltfrieden angesehen werden. Als im Herbst 2003 in allen damaligen Mitgliedstaaten der Europäischen Union eine Eurobarometer-Erhebung durchgeführt wurde, um die politischen Bewertungen des unmittelbar vorangegangenen Irak-Kriegs zu erfragen, wurde auch nach Bedrohungswahrnehmungen gefragt. Diese Umfrage brachte folgende Ergebnisse zu Tage:

   Auf die Frage, ob bestimmte Länder eine Bedrohung für den Weltfrieden darstellen oder nicht, wurde der Staat Israel sowohl in Deutschland als auch in der gesamten EU von den meisten Befragten als bedrohlich eingeschätzt: 65 Prozent in Deutschland und 59 Prozent in der EU sind demnach der Auffassung, dass Israel den Weltfrieden bedroht. Nordkorea wird genauso von 65 Prozent der Deutschen als Bedrohung für den Weltfrieden betrachtet, der Irak und der

Iran von jeweils 57 Prozent, Afghanistan von 54 Prozent und Pakistan von 52 Prozent. Die Ergebnisse über die gesamte EU hinweg sind bei den genannten Ländern ziemlich ähnlich, bei einem wichtigen Land aber deutlich anders: Von 53 Prozent der EU-Bevölkerung – will man diesen Umfrageergebnissen Glauben schenken – werden die USA als Bedrohung für den Weltfrieden eingeschätzt; nur, aber immerhin 45 Prozent der Deutschen sehen das genauso. Innerhalb der EU entspricht das den Werten von Iran und Nordkorea, die jeweils auch von 53 Prozent der EU-Bevölkerung als bedrohlich für den Weltfrieden wahrgenommen werden.

Mit diesen Zahlen, die bei ihrer Veröffentlichung im Herbst 2003 verständlicherweise große Aufmerksamkeit auf sich gezogen haben, wurde dann das entsprechende Meinungsklima eher noch weiter verfestigt als verändert: Wer dieser Meinung war, fühlte sich durch die Berichterstattung über diese Meinungsumfragen bestätigt; andere Auffassungen wurden dagegen Zweifeln ausgesetzt. Bedrohungen, so hat es den Anschein, besitzen starke dynamische Anteile und verändern sich schneller als objektive Gefahren zu- oder abnehmen. Dies zeigt sich auch bei den Wahrnehmungen einer Bedrohung durch den Terrorismus, die ich Ihnen oben vorgeführt hatte. Bevor ich jedoch auf weitere Kennzeichen der aktuellen Bedrohungen eingehe, muss zunächst deren Liste vervollständigt werden.

5. Durch die aktuelle Aufmerksamkeit für die Vogelgrippe sind auch Krankheitsgefahren wieder zu einer wahrgenommenen Bedrohung geworden, die von außen auf unser Land einwirkt. Es sind die grenzüberschreitenden Beziehungen und Interaktionen von Tieren, Touristen oder Handeltreibenden, die zu dieser Bedrohung beitragen. Vor nicht allzu langer Zeit galt als größte globale gesundheitliche Bedrohung vor allem AIDS und für eine kurze Zeit auch SARS.
6. In unterschiedlichem Maße und sehr wechselhaft werden auch Umweltgefahren als Bedrohungen wahrgenommen oder gesehen. Eine drohende Klimakatastrophe, die Verunreinigung von Luft und Wasser oder radioaktive Verseuchung sind wohl auch Bedrohungen, die auf aktuelle dramatische Ereignisse angewiesen sind, wenn ihr Bedrohungspotenzial im öffentlichen und politischen Diskurs Aufmerksamkeit finden soll. Sie sind aber aus analysierenden Bedrohungsszenarien kaum mehr wegzudenken.

7. Ähnlich verhält es sich mit der Verknappung oder Ungleichverteilung natürlicher Ressourcen. Wasser wird häufig als jene Ressource genannt, um dessen Verteilung oder Verfügung am ehesten Konflikte ausbrechen und gewaltsam ausgetragen werden könnten. Der gewissermaßen angedrohte oder gar schon sichtbare gewaltsame Konfliktaustrag um natürliche Ressourcen betrifft jedoch das Öl. Für westliche Militärstrategien ist die Unterbrechung der Rohstoffzufuhr bei den für die hoch industrialisierten Gesellschaften wesentlichen natürlichen Ressourcen eine Bedrohung, der sogar mit militärischen Mitteln entgegen getreten werden könnte. Dies wiederum bringt ein zusätzliches Bedrohungspotenzial für die internationale Politik und einen friedlichen Welthandel hervor, das in erdölexportierenden Ländern in besonderer Weise wahrgenommen wird.
8. Angriffe auf die globalen Kommunikationskanäle, auf Strom- oder andere Energieversorgung und ähnliche Gefahren, die mit der Hochtechnologie moderner Gesellschaften und deren Abhängigkeit von funktionierenden grenzüberschreitenden Vernetzungen einhergehen, gelten in den Analysen von Bedrohungsszenarien als zunehmend bedeutsam. Sie genießen in der öffentlichen Debatte bisher keine besondere Aufmerksamkeit, was daran liegen mag, dass ein solcher Angriff noch nie stattgefunden hat oder möglicherweise die entsprechenden Sicherungssysteme ausreichen, um diese Gefahren einzugrenzen.

Zusammengenommen lässt sich bei den heutigen Bedrohungen dreierlei beobachten:

- Aus der einen zentralen Bedrohung durch eine globale Konfliktkonstellation bzw. durch eine feindliche Militärallianz zu Zeiten des Ost-West-Konflikts ist heute eine *Vielfalt* von unterschiedlichen Bedrohungen geworden.
- Die Wahrnehmung dieser Bedrohungen wandelt sich ständig, ist sowohl zwischen Ländern, aber auch zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen in Ländern sehr unterschiedlich, letztlich individualisiert. Müsste jetzt jede und jeder hier im Raum eine Hierarchie der wahrgenommenen Bedrohungen erstellen, die Ergebnisse wären wohl sehr unterschiedlich – und um wieviel mehr wären sie dies, betrachtete man Bedrohungsszenarien in der Weltgesellschaft, also in anderen Ländern, Regionen und Erdteilen? Damit ist auch jeglicher Versuch einer objektiven Bedrohungsanalyse, wie sie für die Außen- und Sicherheitspolitik im Ost-

West-Konflikt vorgenommen wurde und selbstverständlich war, heute kein Thema mehr.

- Die wichtigsten Bedrohungen bzw. Bedrohungswahrnehmungen sind heute keine zwischenstaatliche Angelegenheit mehr, sondern entspringen zum Großteil den grenzüberschreitenden Interaktionen nicht-staatlicher, gesellschaftlicher Akteure.

Dies trifft auf den transnationalen Terrorismus zu, dessen Bedrohungspotenzial gerade aus seiner fehlenden staatlich-territorialen Zuordnung entsteht. Nichtsdestotrotz wird im Zusammenhang der militärischen Reaktionen auf die transnationalen Terroranschläge vom 11.9.2001 der Eindruck zu fördern versucht, dieser Terrorismus besitze enge Verbindungen zu Staaten und Regierungen; auch die Verwendung des Begriffs „internationaler Terrorismus" legt eine solche (Fehl-) Deutung nahe. Ähnlich verhält es sich mit der Weiterverbreitung von Atomwaffen und der zu ihrer Herstellung benötigten Technologie, an der immer auch privatwirtschaftliche, also gesellschaftliche Akteure beteiligt sind. Zudem stellt die größte Bedrohung in diesem Zusammenhang die Verfügung terroristischer Gruppen über Massenvernichtungswaffen („schmutzige Bombe") dar. Auch das Bedrohungspotenzial im Zusammenhang mit *failing states* geht vor allem von den gesellschaftlichen Akteuren und Gruppen aus, die sich staatlichen Souveränitätsansprüchen entziehen und ein Territorium kontrollieren, um ungestört illegale Praktiken und Ziele zu verfolgen (z.B. Menschenrechtsverletzungen, Verfolgung von Minderheiten, Drogenanbau, Ausbeutung von Bodenschätzen).

Einzig die bedrohliche Außenpolitik verschiedener Regierungen lässt sich vornehmlich der zwischenstaatlichen Ebene der internationalen Politik zuordnen, wobei auch in diesem Bereich die weltgesellschaftlichen Zusammenhänge eine wachsende Bedeutung gewinnen, denken Sie etwa an die schon erwähnte transnationale Protestkoalition gegen den von der US-Regierung initiierten Irak-Krieg. Globale Krankheitsgefahren, Umweltkatastrophen, Ressourcenerschöpfung und die Gefahren für globale Netzwerke sind wiederum eindeutig den weltgesellschaftlichen Handlungs- und Interaktionszusammenhängen zuzuordnen, denn es handelt sich um Bedrohungen, die primär von gesellschaftlichen Akteuren ausgehen und sich an staatlichen Grenzen nicht aufhalten lassen.

Bei der Fragen nach den heutigen Bedrohungen der Welt – oder unserer Welt – kann man also nicht mehr allein die internationalen, also zwischenstaatlichen Beziehungen ins Visier nehmen. Wichtig sind auch die gesellschaftlichen Beziehungen, die heute mehr denn je über staatliche Grenzen hinausreichen, also die transnationalen Beziehungen. Aus diesem Grunde spreche ich von der Weltgesellschaft, die ihr ganz eigenes Bedrohungsszenario besitzt.

3. Chancen für den Frieden in der Weltgesellschaft?

Wenn mit der Globalisierung und den weltgesellschaftlichen Zusammenhängen, in denen wir heute leben, neue Bedrohungen und Gefahren für den Frieden einhergehen, beinhaltet diese Entwicklung auch neue Chancen für den Frieden? Es scheint häufig immer noch so zu sein, dass die Herstellung und Förderung des Friedens als Aufgabe der Staaten gilt. Dies entspricht einer Tradition friedenstheoretischen Denkens, die mit Frieden das Ende zwischenstaatlicher Gewalt assoziiert. Spätestens im Zeitalter der Globalisierung aber scheint dies kein ausreichender Indikator mehr für Frieden zu sein angesichts der beschriebenen weltgesellschaftlichen Bedrohungen und Konflikte. Gefragt sind vielmehr auch weltgesellschaftliche Antworten auf die heutigen Herausforderungen und Bedrohungen des Friedens.

Die Chancen des Friedens hängen also heute nicht mehr allein daran, ob die knapp 200 Staaten ihrer entsprechenden Aufgabenstellung, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt wurde, nachkommen. Frieden in seinen globalen Dimensionen ist heute mehr denn je eine *gesellschaftliche* Herausforderung, zu verstehen als Aufgabe der Weltgesellschaft bzw. in der Weltgesellschaft. Dem Frieden stehen heute weniger die zwischenstaatlichen Kriege entgegen, sondern die vielfältigen Formen transnationaler Gewalt sowie die transnationalen Verflechtungen innerstaatlichen Gewaltvorkommens. Diese Gewalt ist es, die auch dem gedeihlichen weltgesellschaftlichen Zusammenleben entgegensteht. Ausländische Hilfen für Rebellengruppen, Waffenhandel, private Sicherheitsfirmen, organisierte Kriminalität, Terrorismus, Gewaltökonomien – alles Phänomene, die allein von der Staatenwelt nur partiell kontrolliert und verhindert werden können. Ihren grenzüberschreitenden Dimensionen nach sind es Phänomene der Weltgesellschaft. Natürlich versuchen die Staaten – teilweise –, auch diesen transnationalen Formen der Ge-

walt Herr zu werden. Dies kann bzw. könnte aber nur dann gelingen, wenn die Staaten sich in den jeweiligen Zielsetzungen einig und zu koordiniertem Handeln fähig sind. An dieser Aufgabe scheitert die Staatengemeinschaft, insbesondere in der Sicherheitspolitik, regelmäßig: Afghanistan, Tschetschenien und Sudan sind einige Beispiele dafür.

Doch dieses Scheitern ist nicht so besonders verwunderlich, wissen wir doch, dass jeweils einzelne Regierungen – und ich sage hier bewusst nicht „Staaten" – mit diesen Formen transnationaler Gewalt eng verbunden sind. Sie profitieren davon, unterstützen Gewaltakteure, beauftragen sie möglicherweise sogar damit oder liefern nicht nur die Hardware dafür, sondern auch die politische Legitimation für die Anwendung von Gewalt.

Denken wir diese Zusammenhänge in Konzepten der globalisierten Staatenwelt statt in denen der Weltgesellschaft, sind wir schnell dabei, der einen Gewalt eine andere Gewalt entgegenzustellen, also transnationaler Gewalt mit militärischen Mitteln entgegenzutreten. Der US-dominierte Feldzug gegen den transnationalen Terrorismus ist das eindrücklichste Beispiel dafür – und auch für die Wirkungslosigkeit, nein sogar kontraproduktive Wirkung dieser Strategie. Das weltweite Ansehen der USA war wohl selten so einhellig und tiefgreifend beschädigt wie seit einigen Jahren, und der Antiamerikanismus in der arabisch-islamischen Welt kann sich seit dem völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Irak und den menschenverachtenden Folterpraktiken US-amerikanischer Soldaten auf ganzer Linie als bestätigt betrachten.

Der so genannte „Krieg gegen den Terrorismus" liefert uns aber noch weiteres Anschauungsmaterial dafür, wie schwierig es ist, die Chancen des Friedens in weltgesellschaftlichen Zusammenhängen zu verbessern: Ganz offensichtlich gibt es sehr unterschiedliche Einschätzungen darüber, wie dieser Krieg politisch zu beurteilen ist. Die Entscheidungsprozesse werden von Regierungen bestimmt, so dass leicht der Eindruck entsteht, das eine Land sei dafür und ein anderes dagegen. Tatsächlich aber verlaufen die Konfliktlinien der politischen Meinungsverschiedenheit quer durch alle Länder und es ist noch nicht einmal sichergestellt, dass sich die jeweilige Bevölkerungsmehrheit auch in den aktuell getroffenen Regierungsentscheidungen widerspiegelt. Globale Fragen, und insbesondere wenn sie im Zusammenhang mit gewaltsam ausgetragenen Konflikten stehen, sind weltgesellschaftlich umstritten, die Meinungsverschiedenheiten verlaufen nicht entlang von Staa-

tengrenzen. Doch die darin zum Ausdruck kommenden verschiedenen Interessen können sich nur in ganz seltenen Fällen politisch artikulieren.

Solche Konflikte, deren Zahl immer weiter zunehmen wird, haben noch kaum geeignete Austragungsformen gefunden. Die gesellschaftlichen Akteure und Gruppen in der Weltgesellschaft sind noch kaum konfliktfähig – oder anders gesagt: Es herrscht bisher im Zuge der Globalisierung eine starke Dominanz wirtschaftlicher Interessen in der Weltgesellschaft, häufig in Koalition mit Regierungsinteressen. Dieser Allianz stehen auf internationaler Ebene keine ähnlich konfliktfähigen gesellschaftlichen Gruppen (z.B. transnationale Gewerkschaften, soziale Bewegungen, International Non-Governmental Organizations, INGOs, etc.) gegenüber. Die vielfach erfahrene Ohnmachts-Empfindung gegenüber den Auswirkungen und Strukturen der Globalisierung lässt aber ein ständig wachsendes transnationales Gewaltpotenzial entstehen. Es drohen Eskalationsprozesse von Bedrohungen und wiederum bedrohliche Reaktionen darauf. Die Vielfalt der Bedrohungen in der Weltgesellschaft bietet Anlass für viele Konflikte. Werden im Zuge der Globalisierungsprozesse auch die Chancen für den Frieden in der Weltgesellschaft verspielt?

Mit der Beantwortung dieser Frage möchte ich Ihnen noch einmal die Notwendigkeit und zugleich das Erkenntnispotenzial konstruktivistischer Perspektiven vor Augen führen. Wenn die Gefahren für den Frieden auch aus Bedrohungs-*Wahrnehmungen* resultieren, könnte die Aufmerksamkeit für solche gesellschaftlichen Konstruktionen und ihr Zustandekommen auch Friedens-Chancen beinhalten. Zur Veranschaulichung dieser Zusammenhänge möchte ich nochmal eine Rückblende machen und an das Ende des Ost-West-Konflikts erinnern: Vor genau zwanzig Jahren setzte jener Wandel von Bedrohungswahrnehmungen und Weltbildern ein, der wenige Jahre später zum Ende des Ost-West-Konflikts führte. Und um die damalige Bedrohungskonstruktion anschaulich zu machen, möchte ich Sie an den Gorbatschow-Goebbels-Vergleich des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl erinnern, den er im November 1986 in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin Newsweek geäußert hatte. Dies führte zu einer hitzigen Debatte über die richtige Einschätzung der beginnenden Reformpolitik in der Sowjetunion, die innerhalb des Westens höchst umstritten war, und verweist zugleich auf den damals schon einsetzenden Feindbild-Zerfall in Deutschland.

Das Ende des Ost-West-Konflikts wurde letztlich schon seit Mitte der 1980er Jahre in den Köpfen der Europäerinnen und Europäer vorbereitet. Durch die großen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in den meisten westeuropäischen Staaten um die sogenannte Nachrüstung entstand nicht nur eine sicherheitspolitisch interessierte Öffentlichkeit, sondern auch ein besonderes Interesse an den Entwicklungen in der damaligen Sowjetunion, die sich seit dem Amtsantritt von Michail Gorbatschow im März 1985 zu verändern begann. Dies spiegelte sich auch in der europäischen Medienberichterstattung wider und wurde von US-amerikanischer Seite teilweise als „Gorbimania" verspottet. Doch das antikommunistische Feindbild, lange Zeit für die Unüberwindbarkeit des Ost-West-Konflikts verantwortlich gemacht, hatte sich beispielsweise in der ehemaligen Bundesrepublik bis Anfang 1988 weitgehend aufgelöst – während es zu diesem Zeitpunkt in den Vereinigten Staaten noch seine alte Stabilität besaß. Durch diesen Wandel des Feind- und damit auch des Weltbildes in Europa entwickelte dieser Entspannungsprozess seine Eigendynamik, an deren Ende dann die friedliche Überwindung des Ost-West-Konflikts und der Fall der Mauer stand.

Für die Wissenschaft von der internationalen Politik bedeutet dies, dass unsere Analysen unvollständig bleiben, wenn diese Weltbilder und Vorstellungen von der internationalen Politik unbeachtet bleiben. Besondere Aufmerksamkeit wird ihnen in der konstruktivistischen Herangehensweise geschenkt, aber auch in der interdisziplinären Zusammenarbeit mit der Sozialpsychologie und Kommunikationswissenschaft. Deren Ansätze ermöglichen es uns, die Bedingungen zu spezifizieren, unter denen Gesellschaften ihre Vorstellungen von der internationalen Politik entwickeln und sich Weltbilder und politische Einstellungen verändern. Dass diese „Konstruktionen" von hoher politischer Relevanz sind, zeigt sich etwa auch an der Zustimmung der amerikanischen Bevölkerung zum Irak-Krieg. In der Wahrnehmung eines Großteils der Amerikanerinnen und Amerikaner ist er Teil des Kriegs gegen den Terrorismus. Ich möchte Ihnen dies kurz anhand von ein paar Zahlen veranschaulichen:

Im Januar 2003, als allerorten über die Begründungen und die Legitimation des geplanten militärischen Vorgehens gegen das Regime von Saddam Hussein diskutiert wurde, waren 68 Prozent der Amerikanerinnen und Amerikaner davon überzeugt, dass der Irak und Saddam Hussein eine wichtige Rolle bei den Anschlägen

vom 11. September 2001 gespielt hätten. Dies lässt sich wohl in starkem Maße auf die Öffentlichkeitsstrategie der amerikanischen Regierung zurückführen. Interessant ist aber, dass sich im Laufe des Sommers 2003, also nach dem Ende der direkten Kampfhandlungen im Irak, dieses Weltbild nur geringfügig geändert hat. Auf die Frage „Is it your impression that the US has or has not found clear evidence in Iraq that Saddam Hussein was working closely with the al Quaeda terrorist organization?", antworteten 48 Prozent mit „The US has found clear evidence".

Und um die entsprechenden Zusammenhänge noch ein wenig weiter zu verdeutlichen, möchte ich Ihnen noch eine weitere Zahl aus der Studie von Steven Kull, Clay Ramsay und Evan Lewis, der ich diese Daten entnommen habe, zeigen: Das Weltbild korreliert in erheblichem Maße mit den genutzten Medien: Wer sich über den Fernsehsender Fox informiert, ist von diesem – nicht nachgewiesenen Zusammenwirken zwischen Saddam Hussein und Al Quaeda – eher überzeugt als die Zuschauer von *public networks*. Natürlich spielen in diese Zusammenhänge auch politische Präferenzen hinein, die mit Vorlieben für bestimmte Fernsehsender einhergehen. Aber deutlich wird: Um zu verstehen, welche Einstellungen gegenüber weltgesellschaftlichen Konflikten und Kriegen eingenommen werden, sind die materiellen Realitäten der Konflikte nur ein Teil der bestimmenden Wirklichkeit. Ich möchte Ihnen abschließend noch ein weiteres Beispiel dafür präsentieren:

Um die mehrheitlich positiven Einstellungen der bundesdeutschen Bevölkerung gegenüber dem Militäreinsatz in Afghanistan in Reaktion auf die Terroranschläge vom 11.9.2001 besser zu verstehen, habe ich eine Analyse der Fernsehberichterstattung am 11.9.2001 in Deutschland gemacht. Sie liefert ebenfalls einige wichtige Hinweise auf die Zusammenhänge zwischen massenmedialer Berichterstattung, politischen Deutungsangeboten und öffentlicher Meinung zu außenpolitischen Fragen. Einer davon ist der Einfluss der Massenmedien und ihrer Darstellungsweisen auf die politische Deutung von Ereignissen der internationalen Politik. Sie alle erinnern sich an die kurze Stellungnahme von Bundeskanzler Schröder vor der Presse am 11. September 2001, in der er von einer „Kriegserklärung gegen die gesamte zivilisierte Welt" sprach. Ihr war nicht etwa, wie es aus heutiger Sicht zu vermuten wäre, eine entsprechende Deutung der Ereignisse durch den amerikanischen Präsidenten oder US-amerikanische Massenmedien vorausgegangen, sondern die Verwendung des Deutungsmusters „Krieg" im deutschen Fernsehen, bei ZDF und RTL.

In der Zwischenzeit hat sich diese Deutung im deutschen Diskurs wieder stark verflüchtigt, die Bedrohung durch den transnationalen Terrorismus wird hierzulande weniger stark wahrgenommen, wenngleich sie, wie wir gesehen haben, den Ereigniskonjunkturen unterliegt und durch die Anschläge in Madrid und London wieder zugenommen hat. In den USA aber hat sich diese Bedrohungswahrnehmung durch Terrorismus stark verfestigt und hierin, in diesen differierenden Deutungen und Weltbildern liegt meines Erachtens ein Gutteil der transatlantischen Verstimmungen verborgen. Dies aber können wir nur dann in unseren Analysen erfassen, wenn sie sich auch mit den Weltbildern und den gesellschaftlichen Konstruktionen der Wirklichkeit der internationalen Politik beschäftigen.

Auch die Chancen des Friedens und seine Bedrohungen entstehen in der gesellschaftlichen und massenmedialen Kommunikation über internationale Politik. Die Bedrohungen der Weltgesellschaft, die ich Ihnen aufgelistet habe, sind teilweise Resultat der gesellschaftlichen und politischen Konstruktion einer bedrohlichen internationalen Politik, teilweise handelt es sich um Problemstellungen, die in der Weltgesellschaft bearbeitet werden müssen. All dies ist heute nicht mehr allein Aufgabe von Staaten und Regierungen, sondern auch von (welt-) gesellschaftlichen Akteuren und Gruppen. Wir alle sind Teil der Weltgesellschaft und darum gefragt, daran mitzuwirken und unseren politischen Einfluss geltend zu machen im Hinblick auf globale Problemstellungen. Und diese Einflussnahme, das wollte ich Ihnen in der Verbindung von politischen und theoretischen Fragen in diesem Vortrag vor allem verdeutlichen, kann sich auf politische Akteure und Probleme richten, aber auch auf die Konstruktionen von Bedrohungen, Konflikten und Friedenschancen, an denen wir in unserer Kommunikation ständig beteiligt sind.